

# N i e d e r s c h r i f t

Über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am, Montag, 24.07.2017,  
Beginn: 18:30, Ende: 19:20, Rathaus Brühl, Großer Sitzungssaal

---

Zur Beurkundung der Niederschriften

Das Gremium:

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

---

## **Vorsitzender**

Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Göck

## **CDU**

Herr Hans Faulhaber

Herr Wolfram Gothe

Frau Dr. Eva Gredel

Herr Bernd Kieser

Herr Christian Mildenberger

anwesend ab TOP 2

Herr Wolfgang Reffert

Herr Uwe Schmitt

Herr Michael Till

## **SPD**

Herr Hans Hufnagel

Herr Jürgen Meyer

Frau Gabriele Rösch

Herr Roland Schnepf

Herr Hans Zelt

## **FW**

Herr Werner Fuchs

Herr Jens Gredel

Frau Heidi Sennwitz

Frau Claudia Stauffer

Herr Thomas Zoepke

## **GLB**

Herr Peter Frank

Frau Dr. Eva Franz

anwesend ab TOP 2

Frau Ulrike Grüning

## **Verwaltung**

Herr Reiner Haas

Herr Klaus Zorn

Vertretung für Herrn Raquet

**Schriftführer**

Herr Christian Stohl

**Abwesend**

**JL**

Herr Maurizio Teske

**Verwaltung**

Herr Robert Raquet

Nach Eröffnung der Sitzung stellte der Vorsitzende fest dass

1. zu der Sitzung durch Ladung vom [13.07.2017](#) ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am [21.07.2017](#) ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. das Gremium beschlussfähig ist, weil mindestens [12](#) Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

**TOP: 1 öffentlich**

**Bekanntgabe der Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Sitzung**

In der letzten Sitzung wurden nichtöffentlich einige Forderungen unbefristet niedergeschlagen.

**TOP: 2 öffentlich**

**Integriertes Klimaschutzkonzept der Gemeinde Brühl**

**- Sachstandsbericht und vorläufige CO<sub>2</sub>-Bilanz**

2017-0093

Aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 14.11.2016 lässt die Gemeinde Brühl derzeit von der Klimaschutz- und Energieberatungsagentur Heidelberg-Rhein-Neckar-Kreis gGmbH (KLiBA) ein integriertes Klimaschutzkonzept für Brühl erstellen. Diese Maßnahme wird über Bundesmittel gefördert.

Ansprechpartner und verantwortlich für die Erstellung des Konzepts bei der KLiBA ist Dipl. Ing. Peter Kolbe, der in der Sitzung die bisherigen Arbeitsschritte zur Datenerhebung und Auswertung sowie erste Ergebnisse, insbesondere eine vorläufige CO<sub>2</sub>-Bilanz für Brühl, vorstellen wird.

Darüber hinaus wird er über die weitere Vorgehensweise berichten.

**Diskussionsbeitrag:**

Nach der Vorstellung des Sachverhalts durch Herrn Peter Kolbe und sich anschließender kurzer Diskussion nahm der Gemeinderat den Sachstand zur Kenntnis.

**TOP: 3 öffentlich**

**Evangelischer Kindergarten "Heiligenhag", Erweiterung um zwei Krippengruppen**

**- Vergabe der Leistung "Dachabdichtungs- und Blechenerarbeiten"**

2017-0092

**Beschluss:**

Der Auftrag für die „Dachabdichtungs- und Blechenerarbeiten“ zur Erweiterung des evangelischen Kindergartens „Heiligenhag“ um zwei Krippengruppen wird an die Firma Daub aus Oftersheim erteilt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Die Dachabdichtungs- und Blechenerarbeiten wurden öffentlich nach VOB/A ausgeschrieben. 2 Firmen erhielten die erforderlichen Vergabeunterlagen.

Bei der Submission am 04.07.2017 lagen 2 Angebote vor.

Bei der Eröffnung wurde festgestellt, dass ein Angebot nicht unterschrieben war und somit laut VOB/A nicht gewertet werden konnte.

Die rechnerische und fachtechnische Prüfung der zum Submissionstermin am 04.07.2017 vorliegenden Angebote ergab unter Berücksichtigung des gewährten Preisnachlasses ohne Bedingungen (Fa. Daub - 2%) folgende Bruttoendsummen:

Fa. Daub, Oftersheim	49.945,60 Euro
----------------------	----------------

Die Kostenschätzung des Architekturbüros Schulle.Dietrich beläuft sich auf 39.270 €. Die Mehrkosten von 10.675,60 € resultieren aus der guten Auftragslage der Firmen und dadurch erhöhte Angebotspreise. Gemäß VOB/A müsste die Ausschreibung aufgehoben werden. Eine beschränkte Ausschreibung hat jedoch wenige Aussichten auf geringere Preise und würde die Baumaßnahme weiter erheblich verzögern.

Die Firma Daub war bereits mehrfach für die Gemeinde Brühl tätig, unter anderem die Neu-eindeckung Jahnstraße 1-3 und hat das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Die Verwaltung schlägt aus diesem Grunde vor, der Firma Daub aus Oftersheim den Auftrag zu erteilen.

Nachrichtlich:

Zum gleichen Zeitpunkt wurden auch die Fenster- Rollladen- und Sonnenschutzarbeiten öffentlich ausgeschrieben. Für dieses Gewerk wurde kein Angebot abgegeben. Insgesamt erhielten 3 Firmen die erforderlichen Ausschreibungsunterlagen.

Das Gewerk wurde jetzt beschränkt ausgeschrieben. 6 Firmen erhielten die notwendigen Ausschreibungsunterlagen. Der Submissionstermin ist auf den 26.07.2017 anberaumt.

**TOP: 4 öffentlich**  
**Erdölgewinnung über 500 Tonnen auf dem Erdölfeld Römerberg - Speyer**  
**- Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung**  
2017-0094

**Beschluss:**

Die im Zusammenhang mit der gesteigerten Ölförderung geplanten Maßnahmen, wie zusätzliche Tiefbohrungen, die Ölförderung und das Einbringen von Lagerstätten- und Zusatzwasser in den Untergrund können zu induzierter Seismizität führen. Darüber hinaus kann die produktionsbedingte Druckabsenkung in der Lagerstätte zu Absenkungen der Tagesoberfläche (Bodenoberfläche) führen. Die Auswirkungen dieser Ereignisse führen u. U. auch im Bereich der Gemeinde Brühl zu Schäden oder Gefährdungen. Aus diesen Gründen lehnt die Gemeinde Brühl die Steigerung der Erdölförderung im Feld Römerberg – Speyer ab.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Ein Konsortium aus dem Konzessionsinhaber Palatina GeoCon GmbH & Co. KG und dem Erdgas- und Erdölproduzenten ENGIE E&P Deutschland GmbH als Betriebsführer plant die Weiterentwicklung des Erdölfelds Römerberg – Speyer, um diese Lagerstätte möglichst weitgehend und wirtschaftlich zu erschließen. Geplant und beantragt wird die Ausweitung der Förderung auf über 500 Tonnen Erdöl pro Tag. Im Rahmen des dazu notwendigen Planfeststellungsverfahrens erfolgen derzeit die Offenlage und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange, zu denen auch die Gemeinde Brühl gehört. Die Frist zur Stellungnahme endet am 18.08.2017. Den am 06.07.2017 eingegangenen umfangreichen Antragsunterlagen ist folgendes zu entnehmen:

Im Jahr 2003 wurde im Rahmen einer Geothermiebohrung in Speyer in einer Tiefe von 1.900 m Erdöl gefunden. Weitere geophysikalische Untersuchungen in der Folge ergaben, dass das Ölreservoir im Bereich von Speyer in einer Tiefe von 1.900 – 2.500 m im Bereich des Buntsandsteins und des Muschelkalks liegt und sich von Nord-Nord-Ost nach Süd-Süd-West auf einer Fläche von 10 mal 15 km erstreckt. Speyer liegt in etwa im Zentrum der Lagerstätte. Eine Förderung in wirtschaftlichen Mengen ist möglich.

Dem Konsortium aus Palatina und ENGIE wurde 2009 vom Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz die Bewilligung zur Aufsuchung und Gewinnung des Erdöls erteilt. (Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Palatina GeoCon seit 2004 auch auf der rechtsrheinischen Seite, im Feld Neulußheim, das bis in den Süden der Brühler Bebauung reicht, die Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen, also Erdöl und Erdgas, besitzt und diese Erlaubnis 2016 um weitere 3 Jahre verlängert wurde [ATU 04.04.2016]).

Zu diesem Zweck wurden zwei Betriebsplätze, sogenannte Clusterplätze, gesichert, auf denen die Tief- und Hilfsbohrungen niedergebracht werden und die Anlagen zur Förderung und ersten Aufbereitung des Erdöls stehen. Zur Zeit werden auf diesen Clusterplätzen (s. Anlage), der eine im Westen von Speyer (Clusterplatz 1 = CP1), der andere im Norden (Clusterplatz 2 = CP2), entsprechend der derzeitigen Genehmigung bis zu 500 Tonnen Erdöl pro Tag gefördert. Dabei handelt es sich um ein Gemisch aus Erdöl, Lagerstättenwasser und verschiedenen gasförmigen Stoffen. Dieses sogenannte Nassöl wird aufbereitet, indem das Lagerstättenwasser und das Erdölbegleitgas auf den Clusterplätzen abgetrennt werden. Nur das Roherdöl wird dann mittels Tankwagen zur weiteren Verarbeitung in die Raffinerie transportiert.

Die jetzt geplante Förderung von mehr als 500 Tonnen Erdöl pro Tag umfasst folgende Einrichtungen und Tätigkeiten auf den Clusterplätzen:

- Das Lösen und Freisetzen des Nassöls aus der Lagerstätte mittels Tiefbohrungen. Auf CP 1 liegen insgesamt 9 Bohransatzpunkte, davon sind bisher nur zwei mit Tiefbohrungen belegt, auf CP 2 liegen insgesamt 12 Bohransatzpunkte, davon sind bisher nur drei mit Tiefbohrungen und zwei mit Hilfsbohrungen belegt. Weitere Bohrungen werden geplant, müssen aber über gesonderte Betriebspläne genehmigt werden, wobei für die Zeit der Betriebsdauer des Felds Römerberg-Speyer in der Regel in Abständen von zwei Jahren jeweils ein neuer Hauptbetriebsplan zur Zulassung aufgestellt werden wird.

Die Förderung wird voraussichtlich bis zum Ende des Bewilligungszeitraums im Jahr 2039 erfolgen. Geplant ist die Förderung von bis zu 2.550 m<sup>3</sup> Nassöl pro Tag und 932.000 m<sup>3</sup> Nassöl pro Jahr, so dass die Förderung an 365 Tagen im Jahr und 24 Stunden pro Tag vorgesehen ist.

Fracking, um die Durchlässigkeit des Gesteins zu erhöhen, ist nicht vorgesehen bzw. nicht beantragt.

- Die untertägige Einbringung des aus der Lagerstätte mitgeförderten Lagerstättenwassers zurück in die Lagerstätte über Hilfsbohrungen. Damit soll der Druckerhalt der Lagerstätte gewährleistet werden, um eine möglichst weitestgehende Entölung des porösen Trärgesteins zu erreichen. Das auf CP1 anfallende Wasser wird mit Tankwagen zum CP 2 gebracht, weil zunächst nur dort die Einbringung des Wassers in die Lagerstätte erfolgt.
- Die untertägige Einbringung von Zusatzwasser in die Lagerstätte mittels Hilfsbohrungen, inklusive der hierfür erforderlichen Entnahme von Grundwasser aus zu errichtenden Brunnen für die Zusatzwassergewinnung und der Zuleitung von den Brunnen zum Clusterplatz 2.

Die Einbringung von Zusatzwasser wird notwendig, wenn die Menge des anfallenden Lagerstättenwassers nicht mehr zur Druckerhaltung ausreicht.

- Die Nutzung des Erdölbegleitgases in Blockheizkraftwerken auf den jeweiligen Clusterplätzen zur Erzeugung von Strom und Wärme. Bei Störungen kann das Begleitgas über eine Notfackel geführt werden.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen auf Luft, Wasser und Boden, die menschliche Gesundheit sowie Flora und Fauna sind laut Antragsunterlagen gering oder können durch entsprechende Verhaltensweisen verhindert oder minimiert oder durch bestimmte Maßnahmen ausgeglichen werden. Um beispielsweise die verschiedenen Grund- und Trinkwasserleiter vor Verunreinigungen oder Durchmischung zu schützen, werden die Bohrungen entsprechend ausgebaut und zementiert.

Allerdings besteht die Möglichkeit, dass durch die Förderung des Erdöls über den Betriebszeitraum von über 20 Jahren Setzungen im Untergrund stattfinden, die sich bis zur Oberfläche fortpflanzen und zu einer Senkung (Subsidenz) der Tagesoberfläche (Bodenoberfläche) führen können. Diese Absenkung kann sich rechnerisch über eine elliptische Fläche von 15 x 30 km ausprägen, so dass auch Brühl innerhalb dieser theoretischen Subsidenz liegt. Die für Brühl rechnerisch ermittelten Werte im Worst-Case betragen dabei 1 - 5 mm Absenkung (die großformatige Karte hierzu wird im Sitzungssaal ausgehängt). In den Antragsunterlagen wird dazu folgendes behauptet: „Zeitlicher Ablauf der Entstehung (der Subsidenz) über mehrere Jahre und die stetige und flache Senkungsmulde führen zu nicht zu merklichen Veränderungen, die vor dem Hintergrund natürlicher Bodenbewegungen kaum noch messtechnisch differenzierbar sind.“

Darüber hinaus können die geplanten Bohrtätigkeiten, die Erdölgewinnung und das Einbringen des Lagerstätten- und Zusatzwassers in die Lagerstätte im Prinzip zu induzierter Seismizität führen, auch wenn laut Antragsunterlagen das Auslösen von Erdbeben als Folge der Erdölförderung als sehr unwahrscheinlich erscheint.

**TOP: 5 öffentlich**  
**Informationen durch den Bürgermeister**

- Keine -

**TOP: 6 öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Mitglieder des Gemeinderats**

- Keine -

**TOP: 7 öffentlich**  
**Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**

**TOP: 7.1 öffentlich**  
**Frau Kullmer**

Sie bat um Prüfung, ob neben der Heizung nicht auch die Warmwasserbereitung für das Gemeindewohnhaus Rohrhofer Straße von Strom auf Fernwärme umgestellt werden könne, um Stromkosten für die Mieter zu sparen.